

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Konferenz über den Sicherheitspakt.

Briand am Montag in London.

Paris, 6. August. (TU.) Das „Foreign Office“ ist offiziell benachrichtigt worden, daß Briand am kommenden Montag in London eintrifft. In seiner Begleitung werden sich Berthelot, der Direktor des Quai d'Orsay, und die juristischen Sachverständigen Eger und Fromageot befinden. Die erste Begegnung mit Chamberlain ist für Dienstag, eine zweite für Mittwoch vorgesehen. Nach den Pariser Morgenblättern wird Briand wahrscheinlich am Mittwoch abend spätestens aber am Donnerstag früh die Rückreise antreten. Gegenstand der Aussprache werde sowohl der französische Antwortentwurf auf die deutsche Note vom 20. Juni wie ein französischer Garantiepaktentwurf bilden. Die Londoner Vertreter der Pariser Blätter weisen darauf hin, daß auch von englischer Seite ein Garantiepaktentwurf vorliegt. Aufgabe der beiden Außenminister werde es daher sein, die beiden Schriftstücke zu einem einzigen Vertragsentwurf umzuarbeiten, der den Verständigungen mit Deutschland zugrunde gelegt werden kann. Der französische Entwurf soll nach dem „Matin“ in vier Abschnitte eingeteilt sein. An erster Stelle stehe der eigentliche Rheinpakt, der Frankreich die Unterstützung Englands für den Fall eines deutschen Angriffs zusichere. Diese Anordnung des französischen Entwurfes habe den Vorzug, daß die französische Sicherung stark hervorsteche und die schädliche Auslegung, als schaffe der Pakt eine Garantie für Deutschland und nicht für Frankreich, hinfällig mache. Selbstverständlich werde Deutschland Austauschgarantien erhalten und zwar in der Form eines deutsch-französischen Schiedsgerichtsvertrages, der durch Schiedsgerichtsverträge Deutschland mit Polen und mit der Tschechoslowakei vervollständigt werden müsse. Der Entwurf sehe weiter vor, daß die vier Verträge an demselben Tage von sämtlichen interessierten Staaten angenommen und unterzeichnet werden. Briand und Chamberlain würden weiter die Frage einer Zusammenkunft mit dem deutschen Außenminister erörtern. Es frage sich nur, ob Dr. Stresemann im Herbst — man nennt den September — nach Genf komme, oder ob die Verbündeten eine Konferenz einberufen und der deutschen Regierung eine offizielle Einladung zugehen lassen sollten. Die Vermutung französischer Blätter, daß Briand auch die politische Seite des internationalen Schuldenproblems zur Sprache bringen wolle, scheint unbegründet zu sein.

London, 6. August. (W.T.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in britischen Kreisen habe man ein gutes Verständnis für die inneren Schwierigkeiten, die Luther und Stresemann erfahren würden, falls statt der versprochenen Konferenz, auf der alle Mächte auf dem Fuße der Gleichberechtigung vertreten sein würden, Deutschland schließlich einer fertigen französisch-englischen Vereinbarung und einem Vertrage gegenübergestellt würde, bei dessen Entwerfung es keinen Anteil hatte. In London herrsche die Ansicht vor, daß Deutschland die baldige Räumung Kölns so am Herzen liegen müsse, daß dies die Erfüllung der alliierten Forderungen durch Deutschland sicherstellen müsse. Der Korrespondent bemerkt weiter, die belgische Note über den Sicherheitspakt sei vom britischen Standpunkt aus gesehen, vom größten Interesse und von der größten Bedeutung wegen ihrer Annäherung in wesentlichen Punkten an den britischen Standpunkt. Sie sei eine Völkervereinigung in dem Sinne, daß sie veruche, Genf zum Schiedsrichter zu machen, wenn es sich um die Anwendung von Sanktions- und Kriegsmahnahmen dritter Parteien im Falle irgend eines Konfliktes zwischen zwei Staaten handelt. Die belgische Note sei ein langes Schriftstück voller grundlegender juristischer Argumente. Sie werde angeblich von Sir Cecil Hurst und den Juristen des Foreign Office sorgfältig untersucht.

Die Stimmung in London.

London, 6. August. (W.T.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in britischen Kreisen habe man ein gutes Verständnis für die inneren Schwierigkeiten, die Luther und Stresemann erfahren würden, falls statt der versprochenen Konferenz, auf der alle Mächte auf dem Fuße der Gleichberechtigung vertreten sein würden, Deutschland schließlich einer fertigen französisch-englischen Vereinbarung und einem Vertrage gegenübergestellt würde, bei dessen Entwerfung es keinen Anteil hatte. In London herrsche die Ansicht vor, daß Deutschland die baldige Räumung Kölns so am Herzen liegen müsse, daß dies die Erfüllung der alliierten Forderungen durch Deutschland sicherstellen müsse. Der Korrespondent bemerkt weiter, die belgische Note über den Sicherheitspakt sei vom britischen Standpunkt aus gesehen, vom größten Interesse und von der größten Bedeutung wegen ihrer Annäherung in wesentlichen Punkten an den britischen Standpunkt. Sie sei eine Völkervereinigung in dem Sinne, daß sie veruche, Genf zum Schiedsrichter zu machen, wenn es sich um die Anwendung von Sanktions- und Kriegsmahnahmen dritter Parteien im Falle irgend eines Konfliktes zwischen zwei Staaten handelt. Die belgische Note sei ein langes Schriftstück voller grundlegender juristischer Argumente. Sie werde angeblich von Sir Cecil Hurst und den Juristen des Foreign Office sorgfältig untersucht.

Schützt das Auslandsdeutschtum!

Die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien.

Aus Katowitz wird uns geschrieben: Der zwischen Deutschland und Polen ausgebrochene Zollkrieg hat im deutschen Blätterwalde eine Reihe von Artikeln ausgelöst, die nicht immer das richtige wiedergeben. Ueberall ist man sich wohl darüber klar, daß dieser Zollkrieg auf dem Rücken von Polnisch-Oberschlesien ausgetragen wird, das durch die beiderseitigen scharfen Einfuhrverbote besonders schwer zu leiden hat. Mit dem Schicksal der sehr starken deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien hat man sich auch in den reichsdeutschen Blättern beschäftigt. Leider sind aber in einzelnen Zeitungen sehr falsche Ansichten über das in Polnisch-Oberschlesien verbliebene Deutschtum zutage getreten.

Wohl hat nach der Abtretung Ost-Oberschlesiens im Juni 1922 eine starke Abwanderung von deutschen Beamten und ihren Familien nach Deutschland eingesezt. Diese Abwanderung wurde unbegreiflicherweise von den deutschen Regierungsstellen sehr lebhaft gefördert. Es ist wohl verständlich, daß insbesondere die deutschen Staatsbeamten es ablehnten, in den polnischen Staatsdienst überzutreten. Berkehrt war es aber von deutscher Seite, auch die Abwanderung der Kommunalbeamten und der Lehrer zu fördern. Man glaubte wohl, daß die massenhafte Abwanderung der eingearbeiteten Kräfte den Behördenapparat in Polnisch-Oberschlesien zum Stillstand bringen würde. In dieser Beziehung hat man sich aber geirrt. Wohl traten nach der Uebergabe insbesondere im Eisenbahnbereichswesen sehr erhebliche Schwierigkeiten zutage. Es gelang aber von polnischer Seite doch nach einiger Zeit, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, und der Erfolg war nur der, daß die von den deutschen Beamten verlassenen Stellen von nationalpolnischen Elementen aus Altpolen und Galizien besetzt wurden. Da ist man in der Jahrzehnte alten deutschen Sprachinsel von Bielitz-Biala in Ostschlesien wesentlich klüger verfahren. Dort sind die alten österreichischen Beamten zu einem großen Teil in den polnischen Dienst getreten, was dem dort altangesehnen Deutschtum nur zum Vorteil gereichte.

Die nunmehr kräftigste Stütze des in Ostoberschlesien verbliebenen Deutschtums sind die Angestellten und Beamten der Schwerindustrie. Nach Angabe der Angestelltenversicherung gab es noch vor einem Jahre in der ostoberschlesischen Schwerindustrie 12 000 versicherungspflichtige Angestellte. 2000 bis 3000 dieser Angestellten sind durch die seit einem Jahre insbesondere in der Eisenindustrie anhaltenden Krisis brotlos geworden, und sind zum Teil insbesondere nach Deutschland abgewandert. Mindestens weiteren 2000 bis 3000 ist jetzt am 1. Juli zum 1. Oktober gekündigt worden, so daß sich das Heer der arbeitslosen Angestellten am 1. Oktober mindestens verdoppeln dürfte. Von den 9000 jetzt noch in Stellung befindlichen Angestellten und Beamten der ostoberschlesischen Schwerindustrie sind einschließend der rein polnischen Gesellschaften, wie z. B. der Starboferm mindestens 75 Proz. rein deutsche Angestellte. Gerade über die Nationalität der Angestellten in Ostoberschlesien kann man sich ein sehr genaues Bild deshalb machen, weil die deutschen Angestelltengewerkschaften, insbesondere der „Allgemeine freie Angestelltenbund (AFA-Bund) Polnisch-Oberschlesiens“, aber auch der „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ (GdA.) und der Christliche „Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften“ (Gedag), eine auch von polnischer Seite unbestrittene überragende Stellung gegenüber den polnischen Angestelltengewerkschaften einnehmen.

Es ist nun natürlich klar, daß die polnischen Regierungsstellen auf die ostoberschlesischen Industrieverwaltungen einen Druck in dem Sinne ausüben, daß bei den durch den verminderten Kohlenabfah hervorgerufenen Entlassungen die deutschen Angestellten und insbesondere die sehr zahlreichen Optanten und deutschen Reichsangehörigen zuerst entlassen werden müssen. Es wäre deshalb ganz verkehrt, bei den Handelsvertragsverhandlungen auf das deutsche Element in Ostoberschlesien keine Rücksicht mehr zu nehmen, wie es manche rechtsgerichteten Blätter vorschlagen. Dadurch, daß man die ostoberschlesische Kohleneinfuhr nach Deutschland absperren oder auch nur auf ein unerträglich niedriges Kontingent herabzuschrauben will, treibt Deutschland keine vorausschauende Zukunftspolitik. Ein unerhörter großer Rückstrom von entlassenen deutschen Reichsangehörigen und Optanten würde sich nach Deutschland ergeben und das überaus große Heer der arbeitslosen Angestellten in Deutschland noch vermehren. Aber nicht nur Optanten und Reichsangehörige würden nach Deutschland abwandern, sondern auch polnische Staatsangehörige deutscher Nationalität, die seinerzeit auf Anraten der deutschen Behörden zur Stärkung des deutschen Elementes in Polen nicht optiert haben und denen man versprochen, daß im Falle der Not man ihnen bei Wiedergewinnung der deutschen Reichsangehörigkeit keine Schwierigkeiten machen würde. Es würde also nur eine kurzfristige Politik sein, wenn man die ostoberschlesische Kohleneinfuhr nach Deutschland möglichst stark droffen will, da die durch die verminderte Kohleneinfuhr vermehrten Arbeitsgelegenheiten im deutschen Kohlenbergbau durch die vermehrte Rückwanderung der deutschen Arbeiter und Angestellten aus Ostoberschlesien wieder illusorisch gemacht werden würden. Nachstehend soll auch noch einiges über das deutsche Element unter den ostoberschlesischen Arbeitern gesagt werden. In

Verhandlungen über den Finanzausgleich.

Auf dem Wege zum Kompromiß.

Die gestrige Erledigung des Finanzausgleichs in zweiter Lesung hat keine Verständigungslösung gebracht, mit der Reich und Länder zur Einigung bereit wären. Die Länderfinanzminister haben noch gestern angekündigt, daß sie gegenüber den jetzigen Beschlüssen des Reichstages auf Erhebung des Einkommens durch den Reichsrat bestehen müssen. Die Länder verlangten ursprünglich eine 90prozentige Beteiligung an den Erträgen der Einkommen- und Körperschaftsteuern. Der Reichsfinanzminister will unter keinen Umständen eine höhere Beteiligung als 75 Proz. zugestehen. Die Regierungsparteien erklärten sich jetzt bereit, den Ländern eine Gesamteinnahme aus allen Steuerüberweisungen von 2,1 Milliarden zu garantieren. Die Länder würden nach ihren bisherigen Erklärungen einer nur 75prozentigen Beteiligung an der Einkommenssteuer zustimmen, wenn der daraus für sie entfallende Betrag nicht durch eine Garantiesumme festgelegt würde. Sie wünschen eine Garantiesumme nur bei der Umsatzsteuer, wo sie darauf bestehen, daß von dem bisher geschätzten Gesamtbetrag der Umsatzsteuer in Höhe von 1 1/2 Milliarden ihnen 35 Proz., gleich 550 Millionen Mark unter allen Umständen sichergestellt werden. Diese Forderung erheben sie deswegen, weil mit einer Senkung des Umsatzsteuersatzes auf 1 Proz. für den 1. Oktober bereits gerechnet wird und weil dann möglicherweise die Umsatzsteuer in ihrem Gesamtertrag, also auch in ihrem prozentualen Ergebnis für die Länder, gesenkt wird. Bei der Einkommenssteuer rechnet man jedoch allgemein mit einer Ueberschreitung der bisherigen Schätzungen. Außerdem gilt die Einkommenssteuer und namentlich auch die bisher noch wenig ertragreiche Körperschaftsteuer als die für die Zukunft wichtige ausschlaggebende Hauptsteuer.

Die Länder wollen deswegen an einer Steigerung des Ertrages dieser Steuer unter allen Umständen beteiligt sein. Die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und einem Ausschuh der Länderfinanzminister, in dem Preußen, Bayern, Sachsen und Mecklenburg vertreten sind, sollen heute wieder aufgenommen werden. Die Aussichten sind vorläufig noch gänzlich ungewiß. Kommt keine Verständigung zustande und erhebt der Reichstag gegen das Finanzausgleichsgesetz Einspruch, so ist im Reichstag in einer neuen Abstimmung über das Gesetz eine Zweidrittelmajorität notwendig. Aus diesem Zwang heraus ist es immerhin möglich, daß Reichs- und Länderregierung doch noch vor der dritten Lesung zu einer Verständigung gelangen.

Optantenkrieg und Parteien.

Die Volkspartei an die Deutschenationalen.

In der heutigen Reichstagsitzung werden die Interpellationen über die Notlage der in Schneidemühl untergebrachten, von Polen ausgewiesenen Optanten verhandelt. Von fast allen Parteien sind Anträge dazu eingegangen. Am meisten um die Optanten bemühen sich die Völkischen, deren Hauptfrage die möglichst sofortige Kriegserklärung an Polen ist. Gegen diese Demagogen wendet sich die volksparteiliche „Nationalliberale Korrespondenz“, die die parteipolitische Ausschaltung der Optantenmilde zugunsten einer billigen Seevering-folge zurückweist. Sie schreibt u. a.: „Es macht aber einen beheimelnden Eindruck, wenn man

sieht, wie ein Teil der Presse auch das traurige Los der ausgewiesenen Optanten vornehmlich zu parteipolitischen Fezden benützt. Kaum, daß die ersten Optanten in Schneidemühl eingetroffen waren, da waren auch schon die „Schuldigen“ gefunden, sowohl für die Ausweisung wie für die Versäumnisse hinsichtlich der Unterbringung der Ausgewiesenen. Ein großer Teil der Rechtspresse wies mit Fingern auf den preußischen Innenminister Seevering als auf denjenigen hin, der es verabsäumt hat, rechtzeitig und in ausreichendem Maße für die Unterbringung der Optanten zu sorgen. Die sozialdemokratische und demokratische Presse blieb die Antwort nicht schuldig. Besonders peinlich in diesen Auseinandersetzungen wirkten Londoner und New-Yorker Meldungen der Hugenbergpresse, die rührselig berichten, wie sehr man drüben die armen Opfer einer nachlässigen und pflichtvergessenen Regierung bedauert. Von eigenartigen östlichen „Unternehmungen“ gar nicht zu reden.“

Mit ihren deutschnationalen Bundesbrüdern sich über politischen Takt zu unterhalten, mag für die „Nationalliberale Korrespondenz“ eine dankbare Aufgabe sein; Erfolg wird sie bei ihren Bemühungen nicht haben. Im Kampf gegen die Sozialdemokratie ist der Hugenberg-Presse jedes, aber auch jedes Mittel recht. Die „Deutsche Zeitung“ regt sich heute in einer offenbar aus großagrarischen Kreisen stammenden Zuschrift künstlich darüber auf, daß die Arbeitsvermittlung für die Optanten den Landesarbeitsämtern und öffentlichen Arbeitsnachweisen übertragen ist. Am liebsten hätten natürlich die Herren Agrarier die Notlage der Optanten für ihre Zwecke ausgenutzt! Die Wut darüber, daß solchen Möglichkeiten von vornherein ein Riegel vorgeschoben ist, verbindet sich sehr bequem mit einer neuen Hege gegen die preußische Regierung.

Die Rechtspresse handelt im übrigen sehr unklug, wenn sie diese Suche nach den Schuldigen dauernd fortsetzt. Sie wird das schon bei der heutigen Aussprache im Reichstag zu spüren bekommen. In Wirklichkeit kommt es nur darauf an, daß den Optanten möglichst rasch und wirksam geholfen wird. Für die Unterbringung von Optanten in der Landwirtschaft stehen neue Maßnahmen der preußischen Regierung unmittelbar bevor.

Der polnische Kabinettsrat für Fortführung der Optanten-Ausweisungen.

Warschau, 6. August. (TU.) Ein Kabinettsrat unter Vorsitz des Ministerpräsidenten befahte sich mit der Optantenfrage, wobei ein Bericht des zuständigen Referenten über den Gang der Ausweisungen entgegengenommen wurde. Es wurde beschlossen, die Ausweisungen ununterbrochen und im schnellsten Tempo durchzuführen und sich von keinen Gefühlen beeinflussen zu lassen. Die Wiener Bestimmungen müßten genau durchgeführt werden.

Hilfskräfte für Abd el Krim.

Paris, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach einem Telegramm des „Temps“ aus Tanger haben die Scheichs dreier Stämme der Kabylen auf einer Konferenz, die in Algier stattfand, beschlossen, die Souveränität Abd el Krims anzuerkennen und den Kampf gegen die Franzosen und Spanier sofort wieder aufzunehmen. Damit hat die Macht Abd el Krims eine neue Stärkung erfahren.

Hindenburg und die Verfassungsfeier. Der Reichspräsident von Hindenburg wird nicht nur an der im Reichstag stattfindenden amtlichen Verfassungsfeier teilnehmen, er hat auch eine größere Anzahl von politischen Persönlichkeiten, darunter die Reichsminister und die Führer der Fraktionen des Reichstags zu einem Essen in sein Palais geladen.

der Arbeiterschaft überwiegt allerdings das polnisch-ober-schlesische Element ganz bedeutend, da die deutschen Facharbeiter zum allergrößten Teil bereits abgewandert sind. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, ohne weiteres den wasser-polnischen Sprechenden ober-schlesischen Arbeitern zum rein polnischen Element zu rechnen. Die Arbeiterschaft ist mindestens bis zu 80 Proz. ober-schlesisch, da bei den Massen-entlassungen gerade die eingewanderten, noch nicht bodenständigen kongreßpolnischen und galizischen Arbeiter zum größten Teil wieder abgewandert sind. Diese ober-schlesische Arbeiterschaft ist restlos durch deutsche Schulen gegangen. Eine vernünftige deutsche Zukunftspolitik muß gerade die ober-schlesischen Arbeiter in ihre Rechnung einbeziehen. Darüber darf man sich durch die Plebiszitenzeit und die drei Aufstände nicht täuschen lassen. Der ober-schlesische Arbeiter ist leider sehr leicht beeinflussbar und läuft jedem Demagogen nach, der es versteht, ihn zu fördern. Da ist aber gerade durch die seit der Uebergabe Oberschlesiens an Polen eingetretene Wirtschaftskrise unter der ober-schlesischen Arbeiterschaft eine ganz erhebliche Meinungsänderung eingetreten. Der ober-schlesische Arbeiter sieht immer mehr ein, daß die ostober-schlesische Schwerindustrie mit der deutschen Wirtschaft aufs engste verbunden ist und daß keine Orientierung nach dem Osten darüber hinweggeholfen kann. Es wäre daher also von deutscher Seite nur verkehrt, diese engen Wirtschaftsbande, die gerade Ostoberschlesien mit Deutschland verbinden, mit Gewalt zu durchschneiden.

Aber nicht nur aus Gründen der Rücksichtnahme auf die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien sollte Deutschland das polnische Kohlenkontingent wesentlich über die zunächst angebotenen 100 000 Tonnen monatlich erhöhen, sondern auch im eigenen Interesse. Wohl besteht augenblicklich wie auf dem ganzen Weltmarkt auch in Deutschland seit einem Jahr eine Ueberproduktion an Kohlen. Dies ist doch aber eine ausgesprochene Krisenerscheinung, weil die gesamte Industrie nur wenig arbeitet. In den Jahrzehnten, insbesondere in der Zeit nach dem Kriege bestand gerade in Deutschland ein ganz empfindlicher Kohlenmangel und man behauptete doch gerade auf deutscher Seite, daß der Verlust der ostober-schlesischen Kohle durch die Abtretung Oberschlesiens für die deutsche Wirtschaft unerträglich sei. Und nun will man durch die Herabsetzung der Kohleinfuhr auf ein Minimum den Gegnern selbst das Argument in die Hand geben, daß Ostoberschlesien für die deutsche Wirtschaft keinerlei Bedeutung mehr habe?

Wenn Deutschland durch eine Erhöhung des Kohlenkontingents Polen entgegenkommen will, so muß es allerdings auf der anderen Seite unbedingt auf seiner Forderung des freien Niederlassungsrechts in Polen bestehen. Wohl hat Polen die Freizügigkeit der Handelsreisenden Deutschland zugestanden. Wesentlich ist aber das freie Niederlassungsrecht der deutschen Techniker und Werkmeister und sonstiger Facharbeiter in Polen. Wenn Deutschland dieses freie Niederlassungsrecht für seine Angestellten und Arbeiter in Polen erreichen kann, so kann es unbesorgt auch das Kohlenkontingent erhöhen, da durch die freie Auswanderung nach Polen der deutsche Arbeitsmarkt eine Erleichterung erfahren würde.

Blamierte Anflieger.

Die betretene Dacmeister-Deopold-Presse.

Die Berlemburgerzentrale scheint einigermaßen außer Atem gekommen zu sein. Die Erklärung des Polizeipräsidentiums gegen den famosen Anfliegerartikel der R.N.Z. Zentrale ruft in der ganzen Rechts- und Links-Prese Schweigen hervor. Während rings um die sonst so redselige „Deutsche Zeitung“ ein paar Jellen ab. Der „Lokal-Anzeiger“ vernimmt in der Erklärung des Polizeipräsidentiums „Anhaltspunkte dafür, daß das Vorgehen der Kriminal-polizei mit den Vorschriften der Strafprozeßordnung in Uebereinstimmung gefanden habe“. Wie gewöhnlich, rechnet der „Lokal-Anzeiger“ mit der Dummheit seiner Leser. Er hat nämlich

selbst erst vor einigen Tagen ausdrücklich festgestellt müssen, daß das Vorgehen der Kriminalpolizei durchaus mit den Vorschriften der Strafprozeßordnung in Uebereinstimmung steht. Im übrigen mag kein einziges Rechtsblatt mehr, nach dieser Erklärung die Behauptungen der R.N.Z. Zentrale weiter aufrechtzuerhalten. Die Herrschaften sind erledigt.

Anfrage an die „Berliner Börsenzeitung“.

Die „Berliner Börsenzeitung“, das Blatt Lannenzapf-Oesterreichs, bemerkt zu der Erklärung des Polizeipräsidentiums und der Notiz des „Vorwärts“, daß diese nicht den „Verdacht entkräften“ könnten, den die „Berliner Börsenzeitung“ geübert habe. Nun ja, wer nicht einsehen will, der sieht nicht ein. Aber vielleicht ist die „Berliner Börsenzeitung“ imstande, den Verdacht zu entkräften, der sich aus folgendem Briefwechsel mit dem Bureau Kluge-Knoll über ihr eigenes Gebahren und Verhalten ergibt:

21. März 1925.

Herrn Funk, „Berliner Börsenzeitung“.

Auf Grund gestriger Vereinbarung und soeben stattgehabter telephonischer Unterredung mit Herrn Desterreich übersende ich Ihnen eine Anzahl Aktienauszüge betr. Deutsche Werke zur gest. Kenntnisnahme. Da ich diese Auszüge selbst für meine Arbeiten brauche, wäre es mir sehr angenehm, wenn Sie mir dieselben Montag früh auf demselben Wege und an die gleiche Adresse wieder zustellen würden.

Mit deutschem Gruß

gez.: Kluge.

Berliner Börsenzeitung
Druckerei und Verlag
G. m. b. H.

Berlin W. 8., den 21. März 1925.
Kronenstraße 37.

Mitteilung für Herrn Bockstue, Berlin, Lüchowstr. 60.

Wir bitten Sie, unserem Boten das für Herrn Funk bestimmte Paket aushändigen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Berliner Börsenzeitung,
Druckerei und Verlag, G. m. b. H.

gez.: Kesselmann. (?)

(Unterschrift schwer lesbar.)

Aus diesem Briefwechsel geht hervor, daß die „Berliner Börsenzeitung“ an den gestohlenen Aktien der „Deutschen Werke“ kräftig partizipiert hat, was allerdings nicht wunder nimmt bei einem Blatt, das die Reifen des Ehrenmannes Lannenzapf auf das splendideste finanziert hat!

Zeppeline im Weltverkehr.

Die Absichten Dr. Eckener's.

Anläßlich der Wiederkehr des Gedenktages der Erbauung des ersten Zeppelin-Luftschiffes wird die Luftschiffbau-Zeppelin-L. G. Friedrichshafen am 20. und 21. August dieses Jahres eine große Gedächtnisfeier veranstalten, zu der die Behörden, die Vertreter der Wirtschaft, aller sozialen Schichten, aller politischen Parteien eingeladen werden. Dabei wird Dr. Eckener eine Appell an das deutsche Volk richten, die Mittel zur Durchführung des Zeppelin-Polarfluges auszubringen.

In einem längeren Vortrag wird sich Dr. Eckener bei dieser Gelegenheit über die Lage des deutschen Luftschiffbaues und über die Pläne der Zeppelin-Gesellschaft äußern. Der beabsichtigte Nordpolflug ist natürlich nicht Selbstzweck, sondern soll einen weiteren Beweis dafür erbringen, daß die Zeppelin-Luftschiffe im großen Weltverkehr vorzüglich zu verwenden sind. Diesen Beweis hat zwar schon die Fahrt nach Amerika erbracht, aber die damals beabsichtigte dreimalige Wiederholung dieses Ozeanfluges wurde von den Amerikanern nicht zugelassen und so kommt es vor, daß man behauptet, diese eine gelungene Fahrt beweise noch nichts, sie sei eben ein Glücksfall gewesen und dergleichen mehr. Solchem Gerüchte wäre durch eine Wiederholung des Ozeanfluges wohl ein Ende bereitet worden.

Ein geplanter Polarflug würde wohl auch die Leistungsfähigkeit genügend demonstrieren. Noch besteht aber das Bauverbot; gegen den rein wissenschaftlichen Polarflug und die Herstellung des dazu notwendigen Luftschiffes wird wohl, so sollte man

meinen, die Botschafterkonferenz nichts einzumenden haben, also das Bauverbot auch für diesen Fall aufheben.

Gewisse Zeitungsmeinungen, daß Versuche gemacht würden, die Geldmittel zur Fortführung des Zeppelinwerkes auch außerhalb Deutschlands aufzubringen, werden von zuständiger Stelle als vollkommen grundlos bezeichnet; die Zeppelin-Gesellschaft selbst habe keinerlei derartige Absichten und denke gar nicht daran, solche Versuche zu unternehmen.

Faschistische Propaganda in Deutschland.

Geheimwege der faschistischen Organisation.

Italienische faschistische Agenten, die ihren Aufenthalt in Deutschland mit der Begründung zu rechtfertigen suchen, daß sie im Sinne der Annäherung der beiden Nationen zu wirken gedenken, sind seit einiger Zeit bemüht, faschistische Propaganda-artikel in der Berliner Presse unterzubringen. Diese Bemühungen scheinen nicht ganz erfolglos geblieben zu sein.

Im „Gagliardetto“, dem unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Berlin erscheinenden Organ des italienischen Faschismus, das von einem aktiven Major Ranzetti herausgegeben wird, erschien am 31. Juli ein Artikel „Die wirtschaftliche Lage Italiens“; in diesem Artikel werden natürlicherweise die Fragen der inneren Schuld Italiens, der Währung, des Notenumlaufs usw. usw. mit größtem Optimismus behandelt. Angefächelt des von ihm entworfenen opulenten Sillibens kann es das faschistische Propagandaorgan gar nicht begreifen, daß die internationale Finanzwelt die italienische Vira so ungünstig bewerte.

Daß der „Gagliardetto“ faschistische Propaganda zu machen sucht, ist schließlich begreiflich, denn das ist seine Lebensbedingung und sein Existenzzweck und entspricht auch den vom Generalsekretariat der „Fasci all'estero“ gegebenen Direktiven. Sonderbar aber ist, daß der gleiche Artikel in der „Germania“ vom 4. August abgedruckt ist, und zwar, ohne daß der unbefangene Leser durch einen redaktionellen Hinweis davon unterrichtet wird, daß das Nachwort von italienischer Seite, d. h. vom Vertrauensmann der Fasci in Deutschland stammt!

Die besondere Faschistenorganisation, die eine ganze Reihe von italienischen Offizieren unter dem Decknamen einer „deutschi-italienischen Handelskammer“ beschäftigt, scheint mit allen Mitteln Einfluß auf die deutsche Presse gewinnen zu wollen. Um so vorsichtiger sind die Lobpreisungen der Agenten Mussolinis in Deutschland aufzunehmen!

Die „Rote Hilfe“.

Wohin wandern die Arbeitergelder?

Die Agitation für die politischen Gefangenen gehört zu den wenigen Zugmitteln, die den Kommunisten noch geblieben sind. Mit der „Roten Hilfe“ und der „Internationalen Arbeiter-Hilfe“ gehen sie mit Vorliebe unter der Arbeiterschaft hausieren. Wohin die Gelder in Wirklichkeit kommen, erfährt man aus dem organisatorischen Rundschreiben Nr. 3, das das Zentralkomitee der K.P.D. unter dem 24. Juli versendet. Darin heißt es wörtlich:

„Der Vorstand der „Roten Hilfe“ sendet uns eine Beschwerde aus verschiedenen Bezirken, daß dort die „Rote Hilfe“-Marken verkauft werden, aber das Geld nur teilweise an die „Rote Hilfe“ abgerechnet wird. Es sind in verschiedenen Bezirken Differenzbeträge von 500—3000 Mark vorhanden. Das ist ein unmöglicher Zustand und bringt uns, wenn diese Dinge in der sozialdemokratischen Presse angegriffen werden, eine fürchterliche Situation. Wir verweisen nochmals darauf, daß die Bezirksleitungen die Verantwortung dafür tragen, daß die „Rote Hilfe“-Marken restlos an die „Rote Hilfe“ abgerechnet werden.“

Die Arbeiterschaft weiß also, was sie von den Listen der „Roten Hilfe“ zu halten hat. Die Kommunisten betrachten so wie so die ganze Agitation für die politischen Gefangenen nur unter dem Gesichtspunkt, wie sie dabei für ihre Partei Geschäfte machen können.

Deutschsprachige Richter in Eupen-Malmédy. Der Justizminister Tschopp erklärte in der belgischen Kammer, daß er die Erhaltung eines Postes nach Deutschland für die Einwohner von Eupen-Malmédy erleichtern und in diesem Distrikt nur solche Leute als Richter erwählen werde, die die deutsche Sprache beherrschen.

Menschenleerer Tag.

Von Erich Gottgetreu.

Großstadtfirn, zeitungsfern, radiofern — auch an Ferien muß man sich erst gewöhnen. Herrlich und seltsam ist die Bergeseinsamkeit der Dolomiten, wenn man vor wenig Tagen erst dem Tageslärmgetriebe Berlins entflohen.

Witter, daß das ganze Land, vom Brenner an, seit Jahren schon italienisch sein muß. In der schönen Franziskanerkirche zu Innsbruck steht ein mächtiges Denkmal Andreas Hofers. Vielleicht liege der blasse und nicht sonderlich kunstvolle Steinbau völlig kalt, wenn nicht von der Fahne des Siegers von Berge Isel ein regelrechter schwarzer Trauerfalter schwer herunterhängen würde. Der Fior hängt zu vollem Recht, denn das zerstückelte Tirol ist deutsch, ist wirklich weisensdeutsch.

So schön es hier ist, immerzu muß man an das Unrecht von Saint-Germain denken. Oder weil es so schön ist? Diese Zeilen werden 223 Meter über dem Meerespiegel, und zwar auf dem Speilbodenberg bei Sand, das jetzt Campo Terres heißt, geschrieben. Berauschend ist der Blick nach den Zillertaler Alpen, den Tauern und dem Oetzaler Ferner. Aber seltsam, in diesem Stück „Italien“ kann man den Gedanken an Groß-Deutschland nicht loswerden. —

Obwohl ich doch, um damit auf den Speilboden bedauerlicher Tatsachen zurückzukehren, fürchtbaren Hunger habe. Wenn Sie, Herr Boedeker, den großdeutschen Gedanken mit fördern wollen, dann ändern Sie in Ihrem Führer durch Tirol bitte die verlockenden Angaben von den „Erfrischungen“ auf der am Wege gelegenen Richel-Teufelalm. Fünf Stunden hin ist brav gestiegen und finde dann weder Hirt noch Ziege, weder Käse noch Brot, nur einen alten vergilbten Kalender und einen zerbrochenen Spiegel.

Aufwärts! Zwanzig Meter vor dem Ziel, hoch über einem leuchtenden Bergsee, weit über weißgrauen Schneefeldern, steht die Sonnenkahlüte. Der Name ist prächtig, die Wirklichkeit vernichtend: das Haus ist zerfallen, zerlindert und hat seit Jahren wohl nicht mehr vor Nacht und Rebel Schutz geboten. Nicht einmal ein Hutentzug zielt die früheren Wände; wie lange also muß die Oede schon während Breiter, Bohlen und Balken liegen wir durch-einander und auf der ausgeschobenen Tür lassen sich ungelente Züge bläb erlesen: „Griech Gott!“

Bald ist das letzte Stück des umgesetzten Berggipfels erstattet. Niemandem begegnete ich auf der langen Strecke, niemand folgt aus dem doch so sommerfrisch-belebten Tal, alles ist menschenleer, sorglos — wunderbar. Es weht ein kühles Lüftchen, unromantischer: es ist sehr kalt, aber das vergißt man und den Hunger vergißt man, denn über Wolken und hohen Bergen ist es herrlich, so unbefriediglich groß —

Neben mir entdecke ich eben, wenig von einer Steinlante beschwert, ein zerknittertes Zeitungsblatt. Das zeigt schmerzhaft deut-

lich, daß Menschen schon früher hier oben waren. Ein Stück Zeitungspapier! Das mir!

Bestraft ist die Schwärmeret, aus ist's mit der Weltlichkeit, der Hunger, der dämische, wird auch immer stärker, die Schuhe drücken, ich werde, deut ich, den Abstieg beginnen —

Griech Gott!

Gymnasial-Lustspiel.

Das dreitägige Lustspiel „Extemporale“ von Hans Sturm und Karly Färber erscheint seit Jahren immer wieder auf dem Sommerpielplan und wird noch lange seine Lebenskraft erweisen. Es ist nicht etwa originell in seinem Aufbau. Seine Lustigkeit beruht auf dem alten Verwechslungsstück der Schwanz-fabrikanten. Aber das Milieu des verfallenen Gymnasialbetriebes in einem Schwanz zu verwenden, ist eine glückliche Idee. Die Verwirrung, die im ersten Akt mit Mißverständnissen und Verheimlichungen ganz sanft beginnt, steigert sich in den folgenden Akten zu einem tollen Durcheinander von überwältigender Komik, weil die Verfasser von lustigen Einfällen überprudeln. Den Anlaß zu den Verwechslungen gibt das lateinische Extemporale eines Oberprimars, das die Oberlehrerstochter heimlich von den wimmelnden Fehlern befreit. Diese winzige Sache machen die vernünftigen Schulpebanen zu einer Haupt- und Staatsaktion, um den Täter zu entlarven. Die als Zeugin vernommene Rein-machefrau verkehrt der albernen Wichtigkeit der Gymnasialpauker den richtigen Dämpfer, indem sie herausplagt: „Was ist denn schon weiter dabei! Sie haben abgeschrieben, Herr Direktor, ich habe abgeschrieben, wir alle haben abgeschrieben. Und wenn ich nicht abgeschrieben hätte, sähe ich noch heute in der Schule.“

Unter Erwin Siegel's Regie, der selbst eine köstliche Typo von Gymnasialdirektor hinstellte, fand gestern die Erstaufführung des Lustspiels im Steglitzer Schlosspark-Theater statt. Es war eine sehr saubere, sorgfältig einstudierte Vorstellung, eine der lustigsten, die uns dieser sonst so traurige Theaterommer in Berlin beschert hat. Den Oberprimar gab Otto Matthies so wacker mit seiner stotternden und explodierenden Sprache und seinen schlafigen Jungendbewegungen, daß man sich fragte, ob sich der Regisseur nicht einen richtigen Primar ausgedorbt hätte. Maria Demelius war die Oberlehrerstochter, ein reizender, sprühendbiger Bachsch von erfrischender Jugendlichkeit. Dgr.

Eine neue Weltstadt im Entstehen. Neben Rio de Janeiro, der Hauptstadt Brasiliens, und Buenos Aires taucht seit einiger Zeit immer öfter der Name einer Stadt auf, die berufen erscheint, demaleinst das New York Südamerikas zu werden: Sao Paulo in Brasilien. Ende des vorigen Jahrhunderts war es eine Mittelstadt von etwa 80 000 Einwohnern, heutzutage hat es fast schon die erste Million erreicht und stellt damit das Wachstum nordamerikanischer Städte in Schatten. Sao Paulo ist das größte Industriezentrum Südamerikas und zugleich der größte Hafen Brasiliens. Man nennt es heutzutage schon das südamerikanische Chicago und wird es bald das südamerikanische New York nennen.

Gebäudehöden durch Tauben. In London haben sich die Tauben in letzter Zeit außerordentlich stark vermehrt. Sie richten mangelhaft Schaden an. Die städtischen Körperschaften von London haben hierüber zunächst großzügig hinweggesehen; denn die Tauben erfreuen sich bei jung und alt großer Beliebtheit. Aber jetzt ist es allmählich zu bunt geworden. Man hat nämlich festgestellt, daß die Tauben eine ernsthafteste Bedrohung für zahlreiche Bauwerke von großem Kunstwert, darunter auch für die ehrwürdige Kathedrale von St. Paul, darstellen. Sie piken nicht nur Stuck und Mörtel von den Wänden, sondern bearbeiten auch mit Vorliebe mit ihren Schnäbeln die zum Teil sehr kostbaren Reliefs; und wenn auch ein einzelner Schnäbelbiss sicher nicht besonders gefährlich ist, so summiert sich die Masse der Schnäbelbisse doch, und das Ende vom Liede ist, daß manches Relief von bedeutendem Wert bereits so aussieht, als ob es mit der Spitzhaas bearbeitet worden wäre. Aber daran nicht genug. Viele Tauben nisten gern in Kirchen und machen aus ihnen wahre Guanologer. Dieses Schicksal ist zum Beispiel der Kirche von St. Laurence widerfahren, die eines der schönsten kirchlichen Bauwerke von London ist. Die öffentlichen Denkmäler der Stadt aber müssen jetzt allmonatlich einmal gereinigt werden, während dies früher nur ein- oder zweimal im ganzen Jahr geschah. Die städtischen Körperschaften haben daher einen Spezialausfluß zur Bekämpfung der Taubenplage eingesetzt, und dieser hat sich jetzt darauf geeinigt, von Zeit zu Zeit die Anzahl der Londoner Tauben auf ein vernünftiges und erträgliches Maß herabzudrücken. Es geschieht dies, nebenbei bemerkt, auch in Venedig, wo die berühmten Tauben von San Marco sich auch nicht übermäßig vermehren dürfen.

Feldzug gegen den Rost. Die Abteilung für Industrielle und technische Chemie der amerikanischen Chemischen Gesellschaft hat einen großangelegten Feldzug gegen den Rost unternommen, der seit Jahrhunderten enorme Mengen von Gütern entwertet. Als Ergebnis einer Einigung zwischen den Naturwissenschaftlern über die fundamentalen Ursachen des Rostvorganges wird an der Johns Hopkins Universität ein Institut für Rostforschung errichtet, dessen wissenschaftliche Arbeiten sowohl von Konsumenten wie Produzenten von Metallwaren unterstützt werden. Der Rost stellt für jedes zivilisierte Land ein nicht zu unterschätzendes Problem dar. Die gesamte Metallproduktion Großbritanniens würde nicht genügen, um die Stahl- und Eisenkonstruktionen, die jährlich in der Welt von Rost zerfressen werden, zu ersetzen. Die jährlichen Kosten für den Ersatz von Metallkonstruktionen, die allein in den Vereinigten Staaten durch Rost unbrauchbar gemacht worden sind, werden von Sachverständigen auf 300 Millionen Dollar geschätzt.

Ergebnis-Kongreß in London. Der 9. Internationale Geolinguistik-Kongreß, der jetzt in London stattfindet, ist der erste nach dem Kriege und wird von nicht weniger als 24 Staaten beschickt. Darunter befinden sich nicht nur die Vertreter der Polizeibehörden der verschiedenen Länder, sondern auch zahlreiche Gelehrte, die an den Verhandlungen teilnehmen. Die Themen werden in drei Unterabteilungen behandelt, die sich auf Geographie, Verteilung und Veränderung von Verbreitung beziehen.

Die neuen Preisangaben der Berliner Anlage. Die Berliner Un-terkühlung stellt jetzt für 1925/26 für die Angehörigen der verschiedenen Fakultäten wieder eine größere Anzahl von Preisangaben, für deren beste Bearbeitungen eine Reihe staatlicher und städtischer Preise zur Verfügung stehen.

Die völkische Feme.

Das Verschwinden von Zeugen in Mecklenburg.

Aus Mecklenburg wird uns geschrieben:

Mecklenburg ist unter seiner Landbundesregierung und seiner reaktionären Justiz auf dem besten Wege, sich zu einem Klein-Bayern zu entwickeln. Fememorde innerhalb der Reichspolizeioffiziersorganisationen sind dort an der Tagesordnung. Angehörige der Rohbach-Garde, die in dem Verdacht stehen, in den vielfachen Prozessen, in denen es sich um Straftaten der Hakenkreuzler oder um Zusammenstöße mit friedlich gesinnten Arbeitern handelt, vor Gericht die Wahrheit auszusagen, verschwinden plötzlich. Es liegt ein Spitzel in der Sache. In dem Grevesmühlener Landfriedensbruchprozess, über den demnächst verhandelt wird und in dem 17 Republikaner angeklagt sind, ist ein Stahlhelmzeuge, der zu Bekannten zuhause, er wollte vor Gericht die betreffenden Tatsachen so hinstellen, wie sie gewesen wären, und mühte infolgedessen die Reichsbannerleute einfließen, spurlos verschwunden. Ob er auch das Ende seines Kameraden Holz gefunden hat, über dessen Ermordung kürzlich das Schweriner Schwurgericht in nichtöffentlicher Sitzung verhandelte, steht noch nicht fest. Möglich ist in Mecklenburg heute alles.

Dieser Grevesmühlener Fall, daß ein Stahlhelmzeuge plötzlich verschwand, ist nicht der einzige seiner Art. Als im April d. J. in Teßin vor dem Schöffengericht der Lezhendorfer Reichsbannerprozess zur Verhandlung stand, der nunmehr bald in zweiter Instanz die große Strafkammer zu Rostock beschäftigen wird, war gleichfalls einige Tage vor der Verhandlung der „Ehrhardtmann“ — wie er sich selbst bezeichnete — Rosenkrantz verschwunden. Auch Rosenkrantz sollte als Zeuge auftreten, und es stand fest, daß er den Hauptangeklagten (Parteilgenossen) nicht belasten würde. Außerdem fürchteten wohl die Stahlhelmleute, daß Rosenkrantz sich auch sonst verplappern könnte; denn er hatte vorher in öffentlicher Versammlung, als von völkischen Fememorden die Rede war, offen erklärt: „Jawohl, den Radow (Parasit) haben wir ermordet. Radow war ein Verräter, ein Schuft. So müßte es allen Schuftien gehen!“ Jedenfalls war dies für die Stahlhelmleute Grund genug, den Rosenkrantz nicht als Zeugen auftreten zu lassen. In Lezhendorf, wo Rosenkrantz bei dem Stahlhelmführer Gutsbeher Titus-Diulus beschäftigt war, war außerdem unter den Landarbeitern das Gerücht verbreitet, Rosenkrantz, der nach eigener Angabe schon aus Thüringen ausgewiesen ist, halte sich unter falschem Namen auf und werde von der Polizei steckbrieflich verfolgt; sein richtiger Name sei Fischer, er habe auch schon unter diesem Namen Post empfangen. Bestätigt wurde dies Gerücht durch einen anderen Angehörigen der Rohbach-Organisation. Natürlich wollte der Arbeitgeber und Gemeindevorsteher Titus-Diulus, der Schirmherr der Stahlhelmleute, die lange Zeit hindurch die Umgegend terrorisierten, nichts von dem Verbleib des Rosenkrantz wissen. Titus-Diulus, ein erbitterter Feind des Reichsbanners, spielte in dem erwähnten Prozeß die Rolle des Hauptzeugen.

Im Mecklenburg gehen sonderbare Dinge vor. Es tut nötig, daß sich die weitere Öffentlichkeit Deutschlands mit den dortigen unhaltbaren Zuständen beschäftigt. Insbesondere hat die Arbeiterpresse alle Ursache, auf derartige Sachen hinzuweisen. Lange genug ist der mecklenburgische Landarbeiter von den Weichgardisten eines Rohbach und ihren Geldgebern, den Junkern, bedrückt worden.

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten.

Eine Mischstellung.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: In Nr. 359 vom 1. August d. J. sind unter der Ueberschrift „Der Dank des Vaterlandes“ die Renten der deutschen Kriegsbeschädigten den Bezügen in verschiedenen Auslandsstaaten gegenübergestellt. Diese Darstellung, die der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerehrenthätiger unter Verwendung statistischer Angaben des Internationalen Arbeitsamtes verbreitet, gibt insofern ein schiefes Bild der deutschen Versorgung, als sie die Zusatzrente, die bedürftige Schwerbeschädigte neben ihrer Rente erhalten, ganz unerwähnt läßt, obwohl sie in den Angaben des Internationalen Arbeitsamtes ausdrücklich aufgeführt ist. Mit der Zusatzrente betragen die Bezüge eines erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten zur Zeit der Aufstellung des Internationalen Arbeitsamtes (1. April 1925) in Deutschland statt 932 Goldfrank 1728,50 Goldfrank. Unter Hinzurechnung der höchsten Pflegezulage erhielt damals ein Erwerbsunfähiger in Deutschland 2724,50 Goldfrank, also nahezu das gleiche wie der im Ausland als Vorbild hingestellte österreichische Rentenempfänger. Bei einem Beschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 Proz. zahlte nach der gleichen Gegenüberstellung Deutschland 245,25 Goldfrank — bei Bedürftigkeit mit Zusatzrente 405 Goldfrank —, Österreich aber nur 32,55 Goldfrank. Nach der Novelle vom 28. Juli d. J. erhöhen sich die deutschen Ziffern auf 361 und 574 Goldfrank. Außerdem läßt die Gegenüberstellung vollkommen unerwähnt, daß die Hinterbliebenenversorgung in Deutschland durchweg günstiger als in vielen der in dem Ausschuss erwähnten Auslandsstaaten ist.

Arme deutsche Fürsten!

Sie werden aufgewertet, wollen aber selbst nicht aufwerten!

Ein Leser schreibt uns: Im Thüringischen Landtag sind mehrere Millionen Mark zur Aufwertung der seinerzeit schon bezahlten Entschädigungen an den Fürsten ausgemorfen worden. Die Fürsten befinden sich in bedrängter Lage. Unter anderen erhält auch der Herzog Ernst v. Sachsen-Altenburg eine beträchtliche Aufwertungssumme. Daß aber die Fürsten sich herbeilassen, sie Grundstücke, die sie in der Inflationszeit erworben haben, eine Aufwertung zu zahlen, davon hat man noch nichts gehört; im Gegenteil, sie kräuben sich mit Händen und Füßen dagegen, selbst wenn es ihnen bekannt ist, daß die Verkäufer dadurch in die ersteinstufigste Notlage gekommen sind. So taufte der Herzog v. Sachsen-Altenburg im Jahre 1922 weit unter dem tatsächlichen Wert ein Landhaus in Wilhelmshorst, Kreis Zauch-Belzig. Die früheren Besitzer, zwei franke alte Leute, sind durch den Verkauf an den Bettelstab gebracht und müssen hungern und darben. Und der Fürst, dem dieses bekannt ist und der verschiedentlich gebeten wurde, den damals gezahlten Betrag aufzuwerten, gibt gar keine Antwort. Natürlich, der Fürst besitzt ja noch große Forsten, Güter, Schlösser usw. und ist aufwertungsbedürftig! An alte, kranke Leute, die durch den Verkauf zugrunde gerichtet sind und sich nicht mehr sattessen können, zahlt er nichts.

Die preussische Amnestie. In unserer Mitteilung über die Amnestie in Preußen ersahrt der Amtliche Preussische Pressebericht, daß wohl eine Erweiterung des Kreises der zu amnestierenden politischen Straftaten geplant, dagegen eine Einschränkung anderer (kein krimineller) Delikte nicht in Aussicht genommen ist. Die weitere geschäftliche Behandlung der preussischen Amnestievorlage hängt naturgemäß von dem Schicksal der noch dem Ausschuss des Reichstags vorliegenden Reichsamnestie ab.

Die Neuwahlen zum tschechoslowakischen Parlament sollen am 18. November stattfinden.

Der Baum als Lebensretter.

Vater und Mutter sind auf der Arbeit! Sie müssen gemeinsam schaffen! Die Zeit ist schwer, das Geld knapp! Die Großmutter muß das Kind hüten, wenn sie am ganzen Tage nicht zu Hause sind!

Und wie tut es die Großmutter! Alle Tage, wenn es das Wetter nur einigermaßen zuläßt, geht sie mit ihrem Enkel in den „Kleinen Tiergarten“ in Moabit. Trippelt in kleinen Schritten hinter dem blauen Kinderwagen her und lacht selig! Wenn der kleine, blonde, zappelnde Bursche vor Freude quietscht und schreit. Und die Zweiundsechzigjährige wird nicht müde, das geht die Straße auf und ab, sie hört und sieht nicht das Hasten und Treiben des Großstadtdrucks! Sieht nur das anvertraute Kind! Die schönsten Erinnerungen längst verfloffenen Mutterglücks ziehen erneut an ihr vorüber!

Seht sind sie an der großen Straßenecke! Wo die Autos tuten, die Bahnen klingeln... Großmutter erklärt und erklärt... und der Kleine jauchzt und klatscht in die Hände!

Mit einem Male: Schreckensrufe, Flüchen, Schreien! Nur die Großmutter hört nichts; sie ist in einer anderen Welt, der Welt des Kindes!

In rasender Fahrt kommt ein Straßenbahnzug die abschüssige Straße entlang gefahren! Er überfährt die Haltestelle! Der Führer müßt sich vergebens an der Bremse...! Sie scheint zu verlagern...! In unverminderter Schnelligkeit geht es weiter... Kurze Sekunden! Der Wagen springt krachend aus seinen Gleisen...! Jetzt bäumt sich das führungslose, gelbe Ungetüm auf, — macht einen teuflischen Satz auf den Bürgersteig... nur die Alte steht hier noch mit dem Entsetzlichen und lacht und scherzt... Entsetzensrufe mischen sich in ein furchtbares, stöhnendes Knirschen... ein junger Baum empfängt den Todesstoß... er rettet die Großmutter und das Entsetzliche, die nur wenige Meter hinter dem gefüllten Baume stehen, nicht ahnend der entgangenen Todesgefahr!

Nun aber erkennt die alte Frau, was geschehen... Schneeweiß, wie ihre Haare, das alte runzlige Gesicht! Zitternd, hilflos... laßt sie nach dem... immer noch lachenden Kinde! — dann stürzt sie, vom plötzlichen Schreck überwältigt, ohnmächtig in hilfsvolle Arme!

Das Kindchen aber greift... jauchzend in die grünen Blätter der Äste jenes jungen Baumes, der ihm das Leben gerettet!

Großfeuer auf dem Flugplatz Adlershof.

Geheimnisvolle nächtliche Alarmierungen.

Wahrscheinlich durch Brandstiftung kam in der letzten Nacht abermals Großfeuer auf dem Flugplatz Adlershof. Johannisthal zum Ausbruch. Der erste Alarm lief kurz nach 10 Uhr in Niederlehnoweide ein. Als die Feuerwehr auf diesen Alarm dorthin ausrückte, war keine Gefahr zu bemerken. Nach längerem Verweilen mußte die Feuerwehr unverrichteter Sache wieder abrücken. Um 2 Uhr nachts, also nach 4 Stunden, wurde die Feuerwehr aufs neue und diesmal gleich von mehreren Seiten alarmiert. Die Wachen von Nieder- und Oberschöneweide, Adlershof, Johannisthal, Rudow, Bohnsdorf, Alt-Glienide, der Zug 8 aus Berlin, ein Zug aus Neukölln, sowie auch freiwillige Wehren waren bald zur Stelle. Es brannten mit weithin sichtbarem Feuerchein auf dem Flugplatz die massiven Gebäude der Versuchsanstalt für Luftschiffahrt in großer Ausdehnung, so daß erst „Mittelfeuer“ und dann „Großfeuer“ gemeldet wurde. Mit vier B- und zwei C-Röhren wurde bis gegen 4½ Uhr von sechs Motorspritzen unausgesetzt gelöscht. Dadurch gelang es, eine weitere Ausdehnung der Flammen zu verhindern und die angrenzenden Gebäude wirksam zu schützen. Ausgetreten ist das Feuer ausnehmend in der Mitte des Hauptgebäudes und hat sich von dort weiter verbreitet. Erdgeschoss und das sogenannte Hauptgeschloß mit dem Dachstuhl brannten schon bei Ankunft der Löschzüge. Die chemische Versuchsabteilung, sowie das physikalische Laboratorium mit Motoren und Garagen sind ausgebrannt, ebenso die dort untergebrachten Büroräume. Der schon in Brand geratene Dachstuhl des Seitenflügels konnte gehalten werden. Der Schaden ist erheblich, aber durch Versicherung gedeckt. Gegen 7 Uhr morgens konnte die Wehr wieder abrücken. Mit den Aufräumungsarbeiten soll gleich begonnen werden.

Feuer auf dem Schießplatz Hasenheide.

Heute vormittag gegen 8½ Uhr brach auf dem Schießplatz Hasenheide in Stand 15 ein Feuer aus, das sich sehr schnell ausbreitete. Es verbrannten die Stände 14, 15, 16 und 17 vollständig. Außerdem wurden die angrenzenden Stände erheblich beschädigt. Die Feuerwehr, die mit vier Löschzügen anrückte, konnte erst um 11½ Uhr vormittags ihre Tätigkeit beenden. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch unbekannt.

Explosion in der Frankfurter Allee.

Bei der schweren Explosion in der Eggentrik-Gewindschneiderei G. m. b. H., Frankfurter Allee 40, wurden gestern nachmittag drei Personen durch Stichflammen verletzt. Der Delbehälter eines Anlaßofens war aus bisher noch unbekanntem Ursachen explodiert. Ingenieur Steinrud aus der Spichernstraße, der Arbeiter Kurt Hermann aus Lichtenberg, Schammeyerstraße 5, und der Lehrling Erwin Karg aus der Harkstraße 36 erlitten durch die Flammen schwere Brandwunden. Während Steinrud in seine Wohnung gebracht werden konnte, mußten die beiden anderen Verletzten ins Lichtenberger Hubertus-Krankenhaus übergeführt werden. Wie uns heute mitgeteilt wird, ist in dem Bestanden der Schwerverletzten eine kleine Besserung eingetreten, so daß sie sich außer Lebensgefahr befinden. Ueber die Ursache des Explosionsunglücks hat die Polizei bereits Ermittlungen eingeleitet.

Umbau des Güterbahnhofes Seddin.

Ein bedauerlicher Fehler hat sich beim Bau des Güterverteilungsbahnhofes Seddin herausgestellt. Die Gleisanlagen können vom Stellwerk nicht genau übersehen werden; zahlreiche Zugzusammenstöße beim Rangieren waren die Folge, und so mußte man sich entschließen, das Stellwerk abzubauen und an einer neuen Stelle wieder aufzubauen. Ebenfalls müssen die zahlreichen Weichen deshalb umgebaut werden. Nach jahrelanger Schätzung dürften die Umbauten noch etwa ein Jahr in Anspruch nehmen. Aber auch die zahlreichen Beamtenwohnungen, die zum Teil während und kurz nach dem Kriege erbaut worden sind, weisen erhebliche Mängel auf und erfordern fortwährend Reparaturen. Die neue Umgehungsbahn Seddin-Großbeeren kann auch noch nicht, wie beabsichtigt war, am 1. Oktober in Betrieb genommen werden; die Gleisanlagen sind zwar vollständig fertiggestellt, es handelt sich nur noch um den Bau des Bahnhofes Sarmund. Dieser sollte schon im vorigen Jahre in Angriff genommen werden. Nun wurde bestimmt versichert, daß der Bau des Bahnhofes am 1. Juli beginnen solle, aber auch dieser Termin konnte nicht eingehalten werden. Es ist bedauerlich, daß diese Strecke so kümmerlich behandelt wird, zumal die zahlreichen Anwohner seit Jahren darauf warten, endlich eine Bahnverbindung mit Berlin zu erhalten.

Voller Kurs für Goldmünzen.

Ueber den jetzigen Wert der alten deutschen Goldmünzen, die in letzter Zeit ab und zu im Verkehr erscheinen, sind verschiedentlich Zweifel aufgetaucht. Manche Geschäftleute wollen z. B. die alten Zwanzigmartstücke nur zum Betrag von 19,— bis 19,50 Reichsmark in Zahlung nehmen. Auf eine Anfrage hat nun die Reichs-

bank — Reichsbank-Direktorium, Nr. 37 821 R. Berlin SW. 111, den 22. Juli 1925 — mitgeteilt, daß sämtliche Reichsbanknoten die alten Goldmünzen zu 20 M. zum vollen Werte in Reichsmarkgeldzeichen umtauschen, sobald die Stücke nicht gewaltige Verminderung ihres Goldgehaltes aufweisen.

Wohltäter!

Die „arme“ Tänzerin und ihre Jose!

Es ist auch in der heutigen Zeit gar nicht so schwer, hilfsvolle Menschen zu finden! Die Geschwister Erieh und Betty F. wissen — allerdings etwas gezwungen — eine nette Geschichte davon zu erzählen! Der gemeinsame Diebstahl, für den sie sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten haben, ist eigentlich nebensächlich. Viel interessanter sind die Umstände, unter denen die Eigentumsvergehen vor sich gingen, die bestrafte Sensationslustigkeit gewisser wohlhabender Kreise, für die das Geld gar keine Rolle spielt, wenn nur die Abenteuer recht interessante sind!

Erieh will Tänzerin, ihre Schwester Betty Filmschauspielerin gewesen sein. Das Aeußere der beiden Schwestern unterstützt ihre Behauptungen. Die Rot macht bekanntlich vor keiner Tür halt. Die beiden Mädchen aber sind schlauer, legen die Kette vor und lassen niemanden rein, auch die Rot nicht. Im verschlossenen Zimmer wird Rat gehalten, Frau Sorge offen der Krieg erklärt und folgender Festzugsplan ausgeheckt. Erieh ist die in „bitteres Elend“ geratene Tänzerin, Betty die treue Kammerzofe, die ihre Herrin nicht verlassen will. In dem größten und schönsten Zimmer wird eine Art Bühne errichtet und hier sollen nun geheime Tänze vor „geladenem“ Publikum ausgeführt werden. Selbstverständlich kommen nur Herren, gutsitulierte „Männer von Welt“ als Zuschauer in Frage. Gelacht, gelacht. Die „arme“ Tänzerin geht viel aus. Besucht nur Gegend und Lokale, in denen die Welt verkehrt, in der man sich auch heute noch nicht langweilen will. Jeder Bekanntheit wird die bittere Notlage auf das genaueste geschildert, besonders „geeignete“ und mißleidige Vertreter des starken Geschlechts aber werden um recht baldigen Besuch der ganz privaten Wohltätigkeitsvorstellung innig gebeten. Die Geschwister hatten sich nicht verrechnet. Jeder Langobend war gut besucht. Tänzerin wie Jose hatten alle Hände beziehungsweise alle Beine voll zu tun. Eintrittspreise gab es nicht, das wurde jedem Kavaller überlassen. Bis 300 Mk. sollen manche Abende nur an baren Spenden eingetragen haben. Uebrigens welche Ausschreitungen, alle Zeugen sagen dies übereinstimmend unter ihrem Eide aus, sollen nicht vorgekommen sein. Wie nun Betty, die übermüdete Jose, dazu kam, ihre doch wirklich freigebigen Gäste obendrein noch zu bestehlen, das war eine Dummheit, die sie heute schwer bereuen wird. Als aber jedesmal dem einen oder dem anderen eine wertvolle Krawattennadel, ein goldenes Zigarettenetui, die Uhrkette und so viele andere Kostbarkeiten fehlten, da beschloßen einige unerheiratete Gäste, der Sache auf den Grund zu gehen. Erfolg: klägliche Enttarnung. Daß jene Herren, die sicher nur ihr menschliches Entsetzt zu diesen „Armen“ trieb, die Sache kurzer Hand dem Staatsanwalt übergaben, hat sicherlich zwei gute Seiten. Erstens wurde dem edlen Geschwisterpaar vorläufig das Handwerk gelegt und zweitens sieht man deutlich, auf welche Weise immer noch mit Erfolg auf Wohltätigkeit spekuliert wird.

Erieh und Betty F. aber werden jede gelegentlich 4 Monate Gefängnis verbüßen und dann wahrscheinlich wieder neue „Wohltäter der Menschheit“ suchen.

Flaggt die Hofwohnungen!

Parteilgenossen und Republikaner, die in Hinterhäusern wohnen, eruchen uns, darauf aufmerksam zu machen, daß auch das Besloggen der nicht nach der Straße gelegenen Wohnungsfenster an den Verfassungsfeiertagen ein wirksames Bekenntnis zur Republik ist. Also Flaggen heraus, auch im Gartenhaus, Seitensflügel und Quergebäude!

Unglücksfall nicht Selbstmord. Wir werden gebeten mitzuteilen, daß die 15jährige Lotte Heinz über deren tragisches Schicksal wir berichteten nicht Selbstmord verübt hat, vielmehr das Opfer eines tragischen Unglücksfalls geworden ist. Die G. wollte sich ihr Mittagessen wärmen, vertiefte sich dabei in eine Lektüre, schlief ein und rief beim Hinüberfallen den Gas Schlauch von der Leitung ab, so daß Gas ausströmte. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Der Schuß im Haussturz. Zu dem geheimnisvollen Schuß, durch den, wie mitgeteilt, geftern der 25 Jahre alte Techniker Heinrich Fischer verwundet worden ist, wird mitgeteilt, daß, weil der erste Anseh in einen Nordostverlauf schließen ließ, die Klärung der Angelegenheit der Nordkommission übergeben wurde. Fischer hatte in dem Flur des Hauses Grüner Weg 34 gestanden, um seine Frau, die im gegenüberliegenden Hause wohnt und mit ihm in Scheidung lebt, zu beobachten. Außerdem wollte er sein Kind, an dem er sehr hängt, gern wiedersehen. Bis jetzt hat es den Anschein, als ob er den Schuß sich selbst beigebracht hat. Die Person, die den Revolver, der im Flur des Hauses Nr. 34 lag, zuerst aufgenommen hatte, wird gebeten, sich bei der Nordkommission im Polizeidienstgebäude in der Magazinstraße, Zimmer 44, zu melden.

Ein neuer Stadtplan von „Berlin“ ist im Grieben-Verlag Albert Goldschmidt, Berlin W. 35, erschienen. Der handliche Plan umfaßt bei einem Maßstab von 1:20000 das Gebiet vom Halensee bis zum Dönhafen und vom Gröndbrunnen im Norden bis einschließlich Reu-Tempelhof im Süden. Ein gefälliges Aeußere und der billige Preis von 80 Pf. sind Vorzüge des Planes.

Unwetterkatastrophe in Westgalizien.

Krakau und die Umgegend wurden dieser Tage von einem ungeheueren Unwetter heimgesucht. Mit einem orkanartigen Sturm brach ein Wolkenbruch hernieder, der weite Landstrecken unter Wasser setzte. Durch den Sturm wurden in Krakau Telephon- und Telegraphendrähte heruntergerissen, Bäume entwurzelt und Häuser abgedeckt. Binnen wenigen Stunden waren die Gebirgsböden so angegeschwollen, daß 25 Holzbrücken fortgerissen, 1200 Morgen Land überflutet und 400 Häuser unter Wasser gesetzt wurden. 3000 Familien sind von dieser neuen Katastrophe betroffen. Der Eisenbahnverkehr ist ebenfalls teilweise lahmgelegt. Besonders schwer von dem katastrophalen Unwetter sind die Kreise Czarnow, Wadowice, Wiala und Osowiec betroffen. Die Bewohner der an den Flusläufen liegenden Dörfer sind zum großen Teil in ihren Häusern von dem plötzlich hereinbrechenden Hochwasser überflutet worden.

Ein deutscher Fischdampfer in der Nordsee gesunken.

Der Fischtutter J. E. 92 aus Esbjerg lief mit 11 Mann der Besatzung des deutschen Fischdampfers Delphine aus Westermünde ein. Der deutsche Fischdampfer war in der Nordsee gesunken. Der Kapitän gab an, die Mannschaft habe am Dienstag den ganzen Tag über an den Pumpen gearbeitet, es sei jedoch unmöglich gewesen, das Schiff schwimmend zu erhalten. Der Kapitän und der erste Maschinist waren die letzten, die das Schiff verließen. Die gesamte Besatzung ist gerettet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Gewerkschaftsbewegung

Die Tragödie im Ruhrbergbau.

Das Landesarbeitsamt für Westfalen und Lippe, Abteilung Bergbau (gemeinsame Fachabteilung für den gesamten rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau), in Bochum, teilt mit, daß am 15. Juli die Zahl der arbeitssuchenden Arbeiter bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets 9119 Mann betrug. Darunter befanden sich 6703 Hauptunterstützungsempfänger, 2976 Bediende und 6143 Verheiratete. Gegenüber der am 15. Juni festgestellten Zahl ist eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl innerhalb der Bergarbeiterchaft um 44 Proz. eingetreten. Diese Zunahme ist einmal auf die Vermehrung der Entlassungen und dann auf die verminderten anderweitigen Unterbringungsbedingungen zurückzuführen. Zu beachten ist, daß in den genannten Zahlen vom 15. Juli noch nicht die an diesem Tage zur Entlassung gekommenen Arbeiter enthalten sind. Die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter im Ruhrbezirk Anfang August dürfte sich schätzungsweise auf 15000 Mann stellen. Eine weitere erhebliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist mit Sicherheit im Monat August zu erwarten, da bisher zum 15. August Entlassungen in einem Ausmaß von rund 13000 Mann angekündigt worden sind.

Hierzu meldet Mitb. aus Essen: Die Gewerkschaft Vereinigte Gibraltar-Erbsteine sieht die Stilllegung des Betriebes zum 15. August vor, wodurch etwa 330 Mann brotlos werden. Umfangreiche Betriebseinschränkungen haben auch die Rheinischen Stahlwerke für Mitte des Monats in Aussicht genommen. So soll die Zeche Broßert ihre Belegschaft um 450 Mann, die Zeche Zentrum um 600 Mann zu vermindern gedenken, während auf den staatlichen Zechen in Gladbeck bis Oktober sogar 750 Mann abgebaut werden sollen. Bei der Aktiengesellschaft für Hüttenbetriebe in Duisburg-Weiderich muß infolge der ungünstigen Lage auf dem Roheisenmarkt ein weiterer Hochofen stillgelegt werden, weshalb 200 Arbeiter zum 15. August ihre Kündigung erhielten. Das Baroper Walzwerk hat 500 Arbeiter entlassen. Wie aus Dortmund gemeldet wird, will die Deutsch-Lugemburgerische Bergwerks- und Hütten-A.G., Abteilung Dortmund-Union, ab 1. September die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten um eine halbe Stunde verlängern. Andere Dortmunder Werke beabsichtigen die gleiche Maßnahme zu treffen. — Das ist der Zweck der Übung.

Erneute Verhandlungen im Berliner Fuhrgewerbe.

Zwischen der Fuhrherren-Vereinigung und dem Verkehrsbund werden heute nachmittag erneute Verhandlungen gepflogen über die Lohnregelung, nachdem die Arbeiter den Schiedsspruch abgelehnt haben. Mit dem Ergebnis der Verhandlungen wird sich eine Versammlung der Fuhrleute beschäftigen, die zu morgen Freitag abend 8 Uhr nach den Residenzfesten, Landsberger Str. 31, einberufen ist. Im Speditionsgewerbe ist bei den gestrigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Fuhrleute eine Teuerungszulage von 20 M. erhalten, die in vier Wochenraten gezahlt wird. Die letzte Rate soll jedoch als Vorzuschlag gelten, der dann mit wöchentlich 1 M. zurückzuzahlen ist. Das hier bestehende Lohnabkommen läuft noch bis zum 25. September.

Um die Arbeitszeit in der westfälischen Metallindustrie.

Essen, 6. August. (Tl.) Die Verhandlungen über das Arbeitszeitabkommen für die Metallindustrie in der nordwestlichen Gruppe finden am Dienstag, den 11. August, in Essen statt. Die Forderungen der Metallarbeiter-Verbände sehen im allgemeinen die Wiedereinführung des Achtstundentages vor.

Lohnkampf in der saarländischen Metallindustrie.

Saarbrücken, 5. August. (Mitb.) Die Schiedsprüche, die vom amtlichen Schlichtungsausschuss für das Saargebiet für die weiterverarbeitende und die Schwerindustrie gefällt wurden und eine 10- bzw. 5proz. Lohnerböhung vorsehen, sind bis jetzt nur von den

Metallarbeiterverbänden angenommen worden, während die Arbeitgeber ihre Zustimmung verweigerten. Die Gewerkschaften haben daher in verschiedenen Konferenzen zu dieser Frage Stellung genommen und sind entschlossen, bei Ablehnung der Schiedsprüche durch die Arbeitgeber zum Streik zu schreiten.

Beamtendelegation der Saarbergwerke in Paris.

Paris, 6. August. (Tl.) Der Minister für öffentliche Arbeiten und der Direktor der Saarbergwerke haben heute eine Beamtendelegation der staatlichen Saargruben empfangen. Die Beamtendelegierten haben ihre Wünsche vorgebracht und nachgewiesen, daß die Schwierigkeiten ihres Lebensunterhaltes von Tag zu Tag zunehmen. Sie forderten eine dementsprechende Lohnerböhung. Der Minister machte ihnen denselben Vorschlag wie seinerzeit den Bergarbeitern, nämlich, ihnen einen Zuschlag von 5 Proz. zu ihrem augenblicklichen Gehalt zu bewilligen. Die Saardelegierten haben von diesem Versprechen Kenntnis genommen und werden es den 2000 Beamten der Saargruben zur Begutachtung vorlegen.

Tarifkündigung im niederschlesischen Bergbau.

Breslau, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Auch für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau haben die Bergarbeiter jetzt den laufenden Tarif gekündigt, indem sie auf die steigenden Lebensmittelpreise und Mieterhöhungen hinwiesen. Sie fordern eine Lohnerböhung von 30 Proz. Bei dieser Gelegenheit wird es sich herausstellen, ob die Sonderprofite des schlesischen Bergbaus infolge des deutsch-polnischen Handelskrieges irgendwie auch nur teilweise den Bergarbeitern zugute kommen.

Gekauft und stillgelegt.

Breslau, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Das mittel-deutsche Braunkohlenabfahrlat hat die niederschlesischen Braunkohlengruben der Firma Henschel-Donnerdamm angekauft und sofort nach Ankauf stillgelegt und zwar offenbar für dauernd, da die Grubeneinrichtungen auf Abbruch verkauft werden. Woraus man schließen muß, daß Stilllegungen sich rentieren, hauptsächlich wegen Ausschaltung der Konkurrenz oder Verringerung der Nachfrage. Der Staat aber sieht diesem Vernichtungsfeldzug ungeheurer Bodenschätze gleichgültig zu — sofern er nicht die Zechenbesitzer noch entschädigt.

Unternehmersolidarität.

Brüssel, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Papierfabrikanten bedrohen diejenigen Zeitungen, die die Forderungen der Zeitungsetzer bewilligt haben und die daher weiter erscheinen, mit der Einstellung der Papierlieferungen. Die Herausgeber aller sozialistischen Zeitungen belgisch bereiten daher am Mittwoch über eine wirksame Abwehr.

Der Streik als Profitaktion der Unternehmer.

Der Pressedienst des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht einen Bericht über das Verhalten der Unternehmer in der Hartkohlenindustrie, der die Lage von einem neuen Gesichtspunkt aus beleuchtet und angesichts ähnlicher Verhältnisse in anderen Ländern von allgemeinem Interesse ist. In der Meldung heißt es u. a.:

„Die Bergarbeiter der Hartkohlengruben verlangen für die Arbeiter über und unter Tage eine Lohnerböhung. Trotzdem bereits einmal vorgeschlagen wurde, gegen die Hartkohlenindustrie, die eine Art Monopolstellung einnimmt, wegen zu hoher Preise gerichtlich vorzugehen, wollen die Unternehmer die Löhne herabsetzen, um angeblich „die Geschäftslage zu verbessern“. Die hohen Gewinne der Hartkohlenproduzenten deuten aber darauf hin, daß es um die Anthrazitindustrie gar nicht so schlecht bestellt ist.

Im Hinblick auf die Lage im gegenwärtigen Augenblick sind die Aussagen von Beamten der Anthrazitkohlengrubenarbeiter der Vereinigten Bergarbeiter besonders bezeichnend, wonach die Grubenbesitzer der Hartkohlenindustrie dem wüthenden Streik herbeizuführen versuchen, um auf diese Weise ihre Vorräte, die sich ihren Schätzungen zufolge auf etwa 10 Millionen Tonnen belaufen, zu guten Preisen loszuwerden. Trotzdem das soeben angegebene Vorratsquantum wohl zu hoch angelegt ist und sich zum Teil aus groben Kohlenarten zusammensetzt, die von den großen Massen der Hartkohlenkonsumenten nicht verlangt werden, würden die Grubenbesitzer bei einem eventuellen

Streik und einer Erhöhung der Preise auf etwa 1 Dollar pro Tonne auf Kosten des Publikums schöne Gewinne erzielen. Was die Lage auf dem Weichkohlenmarkt betrifft, so sind die Vorräte sehr gering, und jeder Streik würde die Allgemeinheit in Mitleidenschaft ziehen.“

Wie die Unternehmer es verstehen, sich von vornherein reinzumachen und den Arbeitern die Schuld am Streik zuzuschreiben, dafür ist die folgende, offenbar von ihnen inspirierte Meldung bezeichnend:

Atlantic City, 6. August. (Tl.) Die Lohnverhandlungen zwischen den Besitzern der Anthrazitbergwerke und den Bergleuten wurden ergebnislos abgebrochen, da sich die Bergarbeiter weigerten, den Vorschlag der Bergwerksbesitzer anzunehmen, den Streit einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die Beseitigung des Trinkgeldwesens in der Schweiz.

Auf Grund von Verhandlungen, die von einem Vertreter des Bundesamtes für Arbeit geleitet wurden, haben die Vertreter der an der Frage interessierten Arbeitnehmerverbände und der Schweizerische Verband der Gasthausbesitzer Richtlinien aufgestellt für die Verteilung der Trinkgelder und des Bedienungszuschlages. Das Trinkgeld soll durch einen Zuschlag, welcher an den Besitzer bezahlt und von diesem verteilt wird, ersetzt werden. Dieses System ist nicht obligatorisch.

Gewerkschaftsfest in Velen. Die Veltener Gewerkschaften teilen uns mit, daß sie nach 11 Jahren in diesem Jahre am 9. und 10. August wieder das bekannte und beliebte Gewerkschaftsfest mit Festzug feiern. Das Fest ist auch zur Belebung des gewerkschaftlichen Gebantens gedacht. Wir nehmen an, daß dabei auch der Verfassungsfeier gedacht wird.

Im schlesischen Malergewerbe ist durch die Vermittlung des Schlichters der Provinz Niederschlesien eine Einigung erreicht worden, wonach der Spitzenlohn für Gehilfen auf 96 Pf. erhöht wird. Beide Teile erklärten sich damit einverstanden. In sechs Innungsbezirken jedoch wurde die Einigung von den Arbeitgebern abgelehnt, so daß es hier zum Streik kommen dürfte.

Der Streik in der Puppen- und Spielwarenindustrie des Sommerberger Bezirks hat sich verschärft. Es streiken etwa 600 Arbeiter. Auch die Transportarbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen. Der Arbeitgeberverband plant die Aussperrung der am Streik nicht beteiligten Fabrikarbeiter.

Die Verhandlungen über das Arbeitszeitabkommen für die Metallindustrie nordwestliche Gruppe finden am Mittwoch, den 12. August in Essen statt. Die Forderungen der Arbeitnehmer sehen allgemein die Wiedereinführung des Achtstundentages vor.

Sport.

Die DDR-Rennen in Treptow.

Am gestrigen Mittwoch gingen auf der Treptower Bahn die DDR-Rennen vor sich, die einen annehmbaren Besuch aufwiesen. Leider erschienen die gemeldeten ausländischen Fahrer nicht am Start. Man erfuhr später, daß sie wegen Sitzbeschwerden (ob das stimmt? Fernfahrt Zürich-Berlin) Abgabe erteilt hatten. Im Tandemrennen um den Preis von München über 5 Runden siegten Djmella-Krewer in 1 Min. 57,2 Sekunden vor Bongardt-Petermann, Blank-Steffes und Heyne-Rühl. Auch das 2-Stunden-Mannschaftsrennen nach Art der Sechstagerennen, das nach etwa 1 1/2 Stunden wegen eintretendem Regen abgebrochen werden mußte, brachte den sicheren Sieg Djmella-Krewer (30) vor Blank-Steffes (12), Bongardt-Petermann (10) und Rag-Schuffenhauer (9 Punkte). Nach 1 1/2 Stunden waren 62,088 Kilometer zurückgelegt.

Arbeiter-sport.

Arbeiter-Kabrio-Klub, Bezirk Schöneberg. Heute Donnerstag, den 6. August, 7 1/2 Uhr, wichtige Mitglieder-Versammlung bei Rosenthal, Obersstr. 66. Tagesordnung: „Wetinars-Empfänger.“

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Schriftföhrer: Viktor Gubernus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eckardt; Redaktion: Dr. John Schömann; Lokales und Kontiere: Fritz Karst; Anzeigen-Abt.: Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2.

Wer richtig seine Zeitung las,
der kauft bestimmt bei Möbel-Maass!

Möbel fabrik Maass
Direkter Verkauf an Privats nur im
Fabrikgebäude. — Riesenauswahl
Berlin, Brunnenstr. 35

Zähne Kronen :: Plomben
Brücken :: Gebisse
gegen günstige Zahlungsbedingungen
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung
Zahn-Praxis med. **Wolf, Potsdamer Str. 55**
Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 — 1 Min. Hochb. BGJowstr.

Metallbettstellen
Korbmetz, Kinderwagen



Diskret Teilzahlung
bei sofort. Lieferung
BALL
Gr. Frankfurt-Str. 47
gegenüb. Markusstr.
Reparaturen an-
rufen Alex. 3186

Inserate im
Vorwärts
sichern Erfolg!

Und geht einmal das Geld zur Neige
auf Kredit bei
Arthur Scheige
Garderobe
für Damen und Herren
Gardinen · Wäsche · Teppiche · fertige Betten
Neu aufgenommen: Metallbettstellen
Oberschönevide, Siemensstraße 14
Zweites Geschäft: Moabit, Erasmusstraße 1
Jeder Käufer erhält bis zum 1. August ein Kaffee-Service gratis.



Dezimalwagen



Fahrlag, Gewichte,
Kilogramm, Einde Lage
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
keine Schaufenster-
Reklame, dafür ver-
sehr billige Preise

Stauerpenden
jeder Art
hier preiswert
Paul Golletz
normaler Wert New,
Mariannenstr. 2,
Unt. Moritzpl. 105 08

Berliner Töpferhütte
G. m. b. H.
angeschlossen dem Verband so-
zialer Baubetriebe
Berlin SO.26, Waldemarstr. 14
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314

Ausführung sämtlicher Töpfer-
arbeiten. Neue Ofen und Re-
paraturen in guter und preis-
werter Ausführung. — Kosten-
lose heiztechnische Beratung.
Erfinder — Vorwärts
Strebende gute Verleimfähigkeit!
Ausführung und Anreue geb. Beschä-
der „Glu weuer Geist“
gratis durch: Erdmann & Co., Berlin
Röniggräber Straße 71.

**Serien-
Tage**

Prachtvolle, bewunderungswürdige
Serien in frappierend billigen,
mannigfaltigsten Sortimenten

Das
große Warenhaus
des Nordens

Ulru
Gebrüder, Aktien-Gesellschaft

Swinemünder
Straße 88
Ecke Lortzingstraße

Heute
Beginn des Vorverkaufs

Diese Veranstaltung gewähr-
leistet eine einzigartige
seltene Spargelegenheit!

